

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Bezahlungsstelle  
Tageblatt Rieser  
Gemeinl. Nr. 20  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Postfachstelle  
Dresden 1580.  
Bezirksamt  
Rieser Nr. 52.

Nr. 221.

Mittwoch, 21. September 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Debitoren. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und Lage. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Wochenspiegel an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Distribution oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gochsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Rönnecke glücklich gelandet.

Berlin. (Rundfunk.) Der Flieger Rönnecke ist heute morgen in Angora glücklich gelandet.

## Das „schuldige“ Deutschland.

Man hat es den amerikanischen Legionären zu danken, daß sie gerade in diesen Tagen der Auseinandersetzungen über die Hindenburg-Krede in Paris eintrafen. So schafften sie den französischen Nationalisten eine Gelegenheit, ihrerseits wieder einmal der Welt ein Beispiel zu geben, wie man in der Zeit Locarnos und der Völkerveröhnung die Gefallenen des Weltkrieges ehrt und verkümmerte Heldentaten feiert. Somit auch einen Vergleich zwischen einer Hindenburg-Krede und der Ansprache eines offiziellen französischen Ministers. Was der deutsche Reichspräsident am Tannenberg-Denkmal sprach, war nichts anderes als eine würdige Zurückweisung von Beschuldigungen und Verleumdungen, die Deutschland und sein altes selbständiges Heer mit einem ehrenrührigen Mäkel auf ewig behaftet wollen. Eine schlichte, einfache Erklärung, ohne Polemik, ohne Anklage, nur die kurze Feststellung, daß auch wir Deutsche das Recht für uns in Anspruch nehmen, als anständige Menschen gewertet zu werden. Ist eine solche Kundgebung, wie ihr Hindenburg am Tannenberg-Denkmal Ausdruck verlieh, wirklich, wie das „Journal des Débats“ behauptet, eine „Dreistigkeit“, die alles übertrifft, was man in Deutschland bisher gehört habe? Ist sie wirklich, wie der „Temps“ zu wissen glaubt, nicht geeignet, die Existenz des neuen Weltes in Deutschland zu beweisen? Nur weil diese Kundgebung sagen will, daß auch der Deutsche, als er ins Feld zog, „reinen Herzens“ war und reinen Herzens den Krieg führte? Ist es eine solche Feststellung oder nicht vielmehr der Zweifel, den man in sie hineinlegt, „nicht geeignet“, den Weg zu ebnen, der nach dem Willen der Diktatoren von Gent zur Verständigung führen soll? Wenn die schlichten, einfachen Worte Hindenburgs dem Verständigungsgedanken abträglich sein sollen, welche Charakterisierung muß man dann den Ausführungen des französischen Ministers Marin geben? Der dieser Tage „von dem entsetzlichen Nachwirken“ sprach, der den Krieg veranlaßt habe, „um ein Regiment der Brutalität auszurichten“? Oder der Rede eines französischen Militär-Beistlichen am Denkmal der Gefallenen des Fort Douaumont? Der wissen will, „daß Deutschland den Völkern weiterschickte und sich auf die Bewandnis vorbereite“? Wo ist in Wirklichkeit die „Dreistigkeit“, das „Abträgliche für den Friedensgedanken“ zu suchen? In den Worten der Verteidigung Hindenburgs oder in den Drohungen, Behauptungen, Verleumdungen und Verleumdungen der zwigen Haßer und Unberühmten jenseits des Rheins? Diese Frage stellen, heißt, sie beantworten.

Reichspräsident von Hindenburg hat das deutsche Volk als „nichtschuldig“ hingestellt. Er hat sich nicht allein auf diese Feststellung beschränkt. Er hat sich auch im Namen des deutschen Volkes dazu bereit erklärt, der Welt den Beweis für die Nichtschuld seines Vaterlandes zu liefern. Ausdrücklich hat auch er nochmal die Bereitwilligkeit Deutschlands betont, die Frage der Schuld oder Nichtschuld des deutschen Volkes einer unparteiischen Schieds-Anstalt zur Beurteilung zu übergeben. Ist dies nicht ein Vorschlag, der wirklich dem Frieden und der Ausöhnung dienen will? Warum wird er nicht von denen, die sich über die „Dreistigkeit“ Deutschlands aufregen, akzeptiert? Warum sinnen sie nicht, wie es Deutschland bereits tat, ihre Archive und Geheimdokumente der Vorgesichte und des Weltkrieges selbst? Zumal sie doch überzeugt sind, daß ihre Anklage gegen Deutschland richtig und tatsächlich fundiert ist. Warum weigern sie sich, den klaren Beweis zu liefern? Und verstehen sich auf Worte, Behauptungen und Verleumdungen? Auch diese Fragen sind alle beantwortet. Lassen sie sich doch alle in das Eingeständnis zusammenfassen, daß die Verwirklichung eines Vorschlages, wie Hindenburg ihn machte, ein „Beweis“ wäre, der sich gegen Frankreich richtet und die historische Deke, mit der das „dreiste Deutschland“ noch nahezu neun Jahre nach dem Kriege Tag für Tag überschüttet wird.

## Beginn der Strafgesetzbuch-Beratungen.

Ab. Berlin. (Funkdruck.) Der 22. Ausschuss des Reichstages (Sonderausschuss für das Strafgesetzbuch) trat heute um 10 Uhr vormittags zu seiner ersten Sitzung in der sachlichen Beratung des umfangreichen Werkes zusammen. Der Reichsjustizminister war bei der Sitzung durch den Staatssekretär Joel vertreten. Der Reichsjustizminister, der gestern der Weltkonferenztagung des Wiener Nationalrates über das gleiche Werk für Österreich beizuwohnen, war von seiner Reise noch nicht zurück, wurde aber noch für den Lauf der Sitzung erwartet. Die Mitglieder des Ausschusses waren fast vollständig erschienen. Reichstagspräsident Lobe war anwesend. Die Beratungen wurden vom Vorsitzenden des Sonderausschusses Abgeordneten Dr. Kahl (Dpp.) mit längerer Ausführungen über die bedeutendsten Aufgaben des Ausschusses und dem Geist, der dem Entwurf zu Grunde gelegt ist, eingeleitet.

## Deutschnationaler Parteitag in Königsberg.

Ab. Berlin. Der Dienstag war ausgefüllt mit zahlreichen Sondertagungen der berufständischen Ausschüsse.

### Die Wirtschaftstagung.

veranstaltet vom Arbeitsausschuss deutschnationaler Industrieller und dem Ausschuss für die Landwirtschaft, wurde vom Reichstagsabgeordneten Leopold geleitet, der in seiner Begrüßungsansprache die Notlage Ostpreussens hervorhob. Der Großindustrielle Dr. ing. Kühne-Dortmund sprach über

### „Industrie und Landwirtschaft“.

Er betonte, daß die jetzige deutsche Handelsentwicklung zu schweren wirtschaftlichen Krisen führen müsse. Da sich unsere Vertragspartner weigerten, deutsche Waren anzunehmen, bliebe nichts anderes übrig, als eine gründliche Verminderung der Einfuhr durch entsprechende Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse; der deutsche Bedarf an Rohstoffen müsse auf deutscher Scholle gedeckt werden, dazu seien umfangreiche Reklamationsarbeiten notwendig, auch müsse die Landwirtschaft in größtem Umfang mechanisiert werden. Dazu müsse eine umfassende Genossenschaftsbildung beitragen. Zum Erlag vernünftigen Betriebskapitals müsse die große Sanierungsaktion des Reiches eingeleitet.

Redner empfahl die Aufnahme einer langfristigen Anleihe von zwei bis drei Milliarden, die auf den landwirtschaftlichen Besitz an erster Stelle bei ausländischen Geldgebern zu haben wäre. Das Geld müsse dem Landwirt zu höchstens vier Prozent gegeben und die Differenz vom Reich übernommen werden. Reich, Länder und Gemeinden müßten höhere Sparlasten über. Auch sozialpolitisch sei noch vieles zu verbessern.

Reichstagsabgeordneter Thomsen sprach über das Thema

### „Zoll und Handelspolitik vom Standpunkt der Landwirtschaft“.

Er wies darauf hin, daß dem Einfluss der Deutschnationalen in erster Linie die mannigfachen Erhöhungen der Verbrauchsscholle für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verdanken seien. Nur Deutschland erdörte angemessen ernährt die Frage des Zollabbaus, obwohl seine Zollsätze niedriger seien als die der anderen bedeutenderen Handelsstaaten. Wegen der Dawesbelastung komme für uns zur Zeit der Freihandel nicht in Betracht. Am gerechtesten sei bei Handelsverträgen der reine Gegenseitigkeitvertrags ohne Wechselseitigkeitsschloß. Die Vorkriegszeiten hätten sich aus ihrer Landwirtschaftsfeindlichkeit heraus mit dem Mittelpartien verbunden. Trotzdem könnten die Deutschnationalen als wichtige Erfolge buchen: die Schaffung eines Zolltarifs überhaupt, die Einführung von Agrarzöllen, die Verhinderung oder wenigstens Verdrögerung von Verträgen, die die Landwirtschaft in weitere Gefahr bringen könnten.

In Ergänzung dieses Vortrags beschäftigte sich dann Reichstagsabgeordneter Reichert mit der „Zoll- und Handelspolitik“. Er legte besonderen Wert auf eine die heimische Arbeit schützende Zoll- und Handelspolitik. Ohne die deutschen Lebensinteressen zu opfern, könnten wir den Vorzügen nicht folgen, Schrittmacher des Freihandels zu werden. Bei einem Vertrage mit Polen müsse besondere Rücksicht auf den Schutz der deutschen Landwirtschaft genommen werden. Die Reichsregierung habe die ernste Aufgabe, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nicht zum Unheil des Ostens und damit unseres ganzen Landes anzuschlagen zu lassen.

Reichstagsabgeordneter Trevisanus sprach über

### „Siedlungspolitik“.

Er forderte Staatsaufsicht zur Sicherung gegen Oligarchisierungen und Eindämmung jeder Bürokratisierung der Siedlung. Die seit Herbst 1926 erprobten gemeinnützigen Siedlungsvereinigungen blieben eine geniale Lösung der schwierigen Siedlungsfrage; sie hätten aber unter Kapitalmangel gelitten. Der Redner wünschte eine Änderung in der Begünstigung der Hauszinssteuerbefreiungen. Die Kernfrage bleibe die Beschaffung von Dauerkrediten zur Ablösung der kurzfristigen Anleihecredite. Der gesamte Pfandbriefmarkt müsse durchgreifend saniert werden, um eine einseitige Unterfütterung der Siedler angesichts der Kreditnot der gesamten Landwirtschaft zu vermeiden.

An der Aussprache, die den Vorträgen folgte, beteiligte sich auch Reichstagsminister Schiele, der die Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft betonte, die bei der gegenwärtigen Lage von Wirtschaft und Finanz besonders beachtet werden müsse. Der Minister wies auf die dauernde Voll-

ständigkeit unserer Handelsbilanz hin und auf die Gefährlichkeit der nach Milliarden zählenden kurzfristigen Auslandskredite, die letztlich auf Konjunktur abgestellt seien und ihrerseits erst die erdrückende Passivität unserer Handelsbilanz möglich gemacht hätten. Die zur Erfüllung unserer Verbindlichkeiten notwendigen Devisen müßten durch Auslandsanleihen ständig neu beschafft werden, was nicht ohne ernste Zurückwirkungen auf die Reichsbank und die Währung bleiben könne.

An der Hand von graphischen Darstellungen wies der Minister darauf hin, daß die Bewegung der Einfuhr- und Exporte von der Gestaltung der deutschen Getreide- und Getreideernte abhängig sei. Dieser Zusammenhang verlaufe mit der Ernte ebener Gleichmäßigkeit, und er habe entscheidende Bedeutung für die gesamte Handelsbilanz. Entsprechend dem Ausfall der Ernte steige und falle die Kurve des Aufwandes unterer Bilanz in jeweils umgekehrter Richtung, also je besser die Ernte, desto geringer die Passivität, je schlechter die Ernte, desto größer die Passivität der gesamten Handelsbilanz. Aber auch die Exportfähigkeit steige in einer bestimmten Relation zur landwirtschaftlichen Erzeugung Deutschlands, sie steige mit dem besseren Ernteausfall.

Eine bessere Ernte ermögliche den Export von Agrarprodukten und schließlich sei die in ihrer Kontrast erhöhte Landwirtschaft auch eine bessere Abnehmerin für die Industrie. Die Lehre aus diesen Erkenntnissen bedeute Schicksalsverbundenheit zwischen Industrie und Landwirtschaft. Sie stelle der Industrie, der Landwirtschaft und dem ganzen Volke der kategorischen Imperativ: Was uns der Reichstag vorsetzt an Land und Gut gerant habe, was uns an Aufwandsmärkten verloren sei, müßten wir durch gezielte Arbeitsbeschaffung ersetzen und zwar besonders durch Aufhebung dieser Energie an die deutsche Scholle. (Beifall.)

Angenommen wurde eine Entschließung, worin die Wirtschaftspolitik der deutschnationalen Volkspartei gebilligt wird. Die Blüte der heimischen Landwirtschaft sei eine Voraussetzung für die Gesundung des Binnenmarktes und für jede erfolgreiche Siedlungspolitik.

## Im Reichsausschuss der deutschnationalen Beamtenschaft

führte Reichsverkehrsminister Dr. Koch zur Frage der Besoldungsreform aus, man dürfe bei Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der unteren und mittleren Beamtengruppen nicht die Bedeutung der höheren Beamten übersehen. Ein erheblicher Teil der Schwierigkeiten bei der Besoldungsfrage läge in der Rücksichtnahme auf die Länder.

Im Laufe der Verhandlungen erließen der Parteivorstand Reichstagsabgeordneter Graf v. Helldorf und der Minister des Innern v. Reubell, denen Quationen dargebracht wurden.

Graf Helldorf teilte u. a. mit, daß am Donnerstag im Reichstag interfraktionelle Verhandlungen über die Besoldungsfrage stattfänden. Es sei selbstverständlich, daß die Partei sich für die Beamtenwünsche einsetzen werde, soweit sich dies in der Praxis ermöglichen ließe.

Minister v. Reubell teilte mit, daß der Städtetag sich an das Reichsinnenministerium mit der Bitte gewandt habe, ein Kommunalabgeordnet zu bilden. Ueber wichtige Punkte der Besoldungsreform beständen noch Meinungsverschiedenheiten. Man solle die Besoldungsreform nicht agitatorisch behandeln. Offen könne er sagen, daß er in einigen wesentlichen Punkten dem Kabinett unterlegen sei.

Auf eine Anfrage erklärte der Minister, daß weder in der Frage der Ueberleitungsbestimmungen noch der Pensionen bisher im Kabinett Ueberlegungen erzielt sei. Nach eingehender Debatte wurde eine Entschließung angenommen, worin die Parteiführung ersucht wird, ein kommunalpolitisches Programm vorzubereiten.

Weiterhin fanden noch statt eine Tagung des deutschnationalen Lehrverbundes und eine Tagung des Evangelischen Reichsausschusses der Deutschnationalen Partei, und eine Deutschnationale Arbeitertagung.

In den beiden ersten Versammlungen wurde das Reichsschulgesetz im Sinne der christlichen Weltanschauung behandelt.

In der Arbeitertagung wurde namentlich die Frage der Landarbeiter erörtert.

Reichstagsabgeordneter Giese berichtete über die sozialpolitischen Arbeiten der diesjährigen Reichstagsession in der unter Mitwirkung der Deutschnationalen erfolgreiche sozialpolitische Maßnahmen durchgeführt worden seien.

## Reichskabinett und Besoldungsreform.

Ab. Berlin. Das Reichskabinett wird sich voraussichtlich am Donnerstag vormittags noch einmal mit der Besoldungsfrage befassen und zwar vor allem mit der Einbeziehung der Warte- und Nebeneinkommen.

Der Beratung des Kabinetts geht heute eine Tagung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien voraus, der sich ebenfalls mit den noch ungelösten Fragen der Besoldungsreform befassen wird. Für die Warte- und Nebeneinkommen ist in dem Entwurf ein allgemeiner, für alle gleicher Beschlag vorgesehen, der etwa dem Durch-

schnitt der Gehaltserhöhung entspricht. Im Kabinett und wohl auch in den Kreisen der Regierungsparteien hat man jedoch die Notwendigkeit betont, auch den Warte- und Nebeneinkommen die Gehaltserhöhung prozentual in vollem Umfang zugute kommen zu lassen. Wie verlautet, soll Reichsfinanzminister Dr. Köhler geneigt sein, dieser Regelung zuzustimmen. Ursprünglich war beabsichtigt, die entscheidende Kabinettsberatung bis zur Rückkehr des Reichsministers des Auswärtigen aus Gent zu verschieben; da Dr. Stresemann aber frühestens Ende dieser Woche in Berlin zurück erwartet wird und die Behandlung der Besoldungsfrage auf raschen Abschluß drängt, so wird das Kabinett bereits am Donnerstag sich entscheiden.